

Kein Platz an der Sonne - Jahrestagung der Aktion Jugendschutz zur sozialen Gerechtigkeit für Kinder und Jugendliche

LEINFELDEN-ECHTERDINGEN Die deutsche Wirtschaft ist „Exportweltmeister“, hochproduktiv und gewinnorientiert. Gleichzeitig lebt aber eine wachsende Zahl von Kindern und Jugendlichen in benachteiligten Lebenssituationen. Betroffen sind vor allem Arbeitslosenhaushalte, Alleinerziehende und Migrationsfamilien. Benachteiligung hat viele Facetten; materielle Armut, Bildungsferne, schlechtere gesundheitliche Vorsorge und Mängel in der persönlichen Entwicklung. Wie sozialer Ausgrenzung entgegengewirkt und welche kreativen Möglichkeiten entwickelt werden können, diesen Fragen gingen heute die 230 Teilnehmer/innen der Jahrestagung der Aktion Jugendschutz Baden-Württemberg (ajs) nach.

„Kinder- und Jugendschutz muss auch einen sozialpolitischen Anspruch haben“, betonte Professor Dr. Ursula Pfeiffer, Vorsitzende der Aktion Jugendschutz in Baden-Württemberg. Prävention, die sich lediglich auf das Verhalten Einzelner beziehe, stoße rasch an ihre Grenzen, da Pädagogik immer nur nachrangig zur Politik wirken kann. Aufgabe der Politik ist es, Lebensbedingungen zu schaffen, die eine gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen und eine Ausgrenzung verhindern. Schule und Jugendhilfe forderte Pfeiffer auf, ihre Strukturen daraufhin kritisch zu überprüfen, ob sie nicht – wenn auch ungewollt – zur Ausgrenzung bestimmter Kinder und Jugendlicher beitragen. Ähnlich sieht das auch Professor Dr. Ursula Boos-Nünning von der Universität Duisburg. Sie plädierte angesichts einer wachsenden Zahl von Kindern aus bildungsfernen Elternhäusern dafür, Schule und Sozialarbeit so zu gestalten, dass jedes Kind nach seiner Begabung gefördert und Benachteiligung dadurch reduziert wird. Auch die Ausbildungsinhalte sollten neu strukturiert werden. So gehören nach Auffassung der ajs-Vorsitzenden interkulturelle Kompetenz, Grundsätze der Gewalt- und Suchtprävention, Sexualerziehung und Medienkompetenz als Basiswissen in die Ausbildung von Erzieher/innen, Lehrer/innen und Sozialarbeiter/innen.

Einen sich wandelnden Gerechtigkeitsbegriff konstatierte der Politologe Professor Dr. Christoph Butterwegge von der Universität Köln. Mit dem Umbau des Sozialstaates werde gleichzeitig versucht, die in der Gesellschaft verankerten Gerechtigkeitsvorstellungen grundlegend zu verändern. So werde beispielsweise aus der Bedarfsgerechtigkeit eine Leistungsgerechtigkeit. Das neue Elterngeld sei geradezu paradox. Es subventioniere jene Anspruchsberechtigten am meisten, die es am wenigsten nötig hätten. Auf diese Weise sollen hoch qualifizierte und gut verdienende Frauen motiviert werden, Kinder zu bekommen und anschließend schnell wieder in den Beruf zurückkehren.

Ekaterina Kouli, Bildungsexpertin des Baden-Württembergischen Handwerkstages, beklagte die mangelnde Ausbildungsreife vieler Schulabgänger. Das Potenzial, aus dem die Handwerksbetriebe ihren Nachwuchs rekrutieren, schrumpfe stetig, ebenso die Zahl der begabten und motivierten Lehrlinge. Die Verwendung des Begriffes „praktisch begabt“ als Synonym für Leistungsschwäche führe zu einer schleichenden Entwertung des praktischen, handwerklichen Tuns. Die Auswirkungen spiegeln sich nach Kouli in einer mangelnden mündlichen und schriftlichen Ausdrucksfähigkeit, in einem steigenden Unterstützungsbedarf der Auszubildenden und in einer höheren Abbruch- und Durchfallquote wider. Schwierigkeiten bei der Lehrstellenbesetzung und mangelnde Leistungsfähigkeit würden sich zudem negativ auf die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe auswirken.

Einig waren sich die Tagungsteilnehmer/innen, dass jeder Jugendliche, der keine Ausbildung aufnimmt, ausgeschlossen ist und damit die Wurzel für den Ausschluss seiner Kinder legt. Hilfen in benachteiligten Lebenssituationen und die Schaffung von Verwirklichungschancen seien deshalb dringend erforderlich.